

## **Beschlussvorlage für die Klausur des SPD-Parteivorstandes am 13. / 14.10.24**

Der Parteivorstand möge Folgendes beschließen:

### **Wir kämpfen für Deutschlands Zukunft: Wirtschaft ankurbeln, Arbeitsplätze sichern, Beschäftigte entlasten**

1 Deutschland befindet sich in einer historischen Umbruchphase. Ein globaler Wettbewerb um  
2 Produkte, Technologien, Innovationen und Produktionsorte der Zukunft fordert uns heraus.  
3 Deutschland ist ein starker und innovativer Industriestandort. Zugleich haben in den letzten  
4 Wochen eine Reihe von Unternehmen angekündigt, Arbeitsplätze in Deutschland abzubauen  
5 und angefangen, Standorte zu hinterfragen. Die SPD steht gerade jetzt, wo es schwieriger wird,  
6 an der Seite der Beschäftigten. Wir kämpfen für jeden einzelnen Arbeitsplatz und eine gute  
7 Zukunft für die Beschäftigten und ihre Familien. Die Grundlage ist eine erfolgreiche  
8 wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa. Wir wollen, dass wir auch in Zukunft  
9 stolz auf „Made in Germany“ sein können, dass wir die Produkte der Zukunft klimaneutral  
10 produzieren und die Märkte von morgen erobern.

11 Die Krisen der vergangenen beiden Jahre haben schonungslos offengelegt, dass in Zeiten des  
12 wirtschaftlichen Wachstums zu viel liegengeblieben. Das rächt sich jetzt. Die SPD geführte  
13 Bundesregierung hat unter Bundeskanzler Olaf Scholz damit begonnen, die dringend  
14 notwendige Modernisierung Deutschlands anzugehen: wie den Ausbau moderner Netze, die  
15 Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbarer Energien, den „Deutschland-Pakt“ zur  
16 Beschleunigung von Planung und Genehmigung, die Ansiedlung von Schlüsselunternehmen in  
17 wichtigen Bereichen der Wertschöpfungsketten, die Öffnung des Landes für Fachkräfte aus  
18 anderen Ländern sowie die Mobilisierung des Fachkräfte-Potentials in unserem Land.

19 Als aktuellen Impuls hat die Bundesregierung die Wachstumsinitiative mit zahlreichen  
20 Maßnahmen zur Steigerung des Produktivitätswachstums und weiteren Wachstumsimpulsen  
21 auf den Weg gebracht. Diese muss nun zügig vom Bundestag beschlossen werden.

22 Vieles wird sich in Zukunft für unser Land auszahlen. Es wäre töricht, diesen Weg der  
23 Modernisierung abubrechen. Er muss entschlossen weitergehen und den Menschen in  
24 unserem Land dienen. Die SPD setzt dabei klare Prioritäten.

#### **25 Unser Ziel: Ein Aufschwung für alle und nicht nur für Wenige**

26 Nach zwei Jahren ohne wirtschaftliches Wachstum geht es für unser Land um sehr  
27 grundsätzliche Fragen. Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas muss sich in  
28 vielen Bereichen verbessern. Auf europäischer Ebene bieten die Berichte von Mario Draghi und  
29 Enrico Letta dafür wichtige Anknüpfungspunkte. Europa muss seine  
30 Finanzierungsbedingungen deutlich verbessern, durch den konsequenten Ausbau der

31 europäischen Banken- und Kapitalmarktunion. Der europäische Binnenmarkt muss vertieft  
32 werden.

33 Echte Wettbewerbsfähigkeit entsteht unter anderem durch eine moderne Infrastruktur, durch  
34 Innovationssprünge und Investitionen, durch eine sichere, bezahlbare Energieversorgung und  
35 nicht zuletzt durch gut ausgebildete Beschäftigte, die sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze  
36 und eine Zukunftsperspektive brauchen, um ihre Fähigkeiten zu entfalten. Gleichzeitig machen  
37 wir Bürokratieabbau, Planungsbeschleunigung, schnellere Genehmigungen und Digitalisierung  
38 unserer Verwaltung zu einer Daueraufgabe.

39 Wer immer noch glaubt, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auch noch in Zeiten des  
40 Fachkräftemangels auf dem Rücken von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verbessern zu  
41 können, hat die falschen wirtschaftspolitischen Konzepte. Lohnzurückhaltung, Sozialabbau,  
42 Rentenkürzungen, die Einschränkung des Streikrechts, die Privatisierung öffentlicher  
43 Infrastruktur oder die Streichung öffentlicher Investitionen – diese Konzepte, wie sie vor allem  
44 aus der CDU unter Friedrich Merz immer wieder präsentiert werden, sind der falsche Weg für  
45 unser Land. Wer die Beschäftigten in Deutschland als faul beschimpft und ihnen gute Löhne  
46 und sichere Renten verweigert, der hat den Respekt für die wahren Leistungsträger verloren,  
47 die unser Land mit ihrer harten Arbeit jeden Tag am Laufen halten. Dazu gehören auch die  
48 vielen Millionen Beschäftigten mit Migrationsgeschichte und ihre Familien, die jeden Tag  
49 erleben müssen, von CDU und CSU als „Problem“ bezeichnet zu werden.

50 Für uns ist ganz klar: Ein neuer Aufschwung für Deutschland muss allen dienen und nicht nur  
51 wenigen. Um diese Richtungsentscheidung wird es auch bei der Bundestagswahl 2025 gehen.

## 52 **I. Unsere Prioritäten für einen neuen Aufschwung: Infrastruktur modernisieren, 53 Innovationen fördern, Energiepreise senken**

54 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten übernehmen Verantwortung dafür, dass  
55 Unternehmen in Deutschland die besten Voraussetzungen haben, erfolgreich zu sein und  
56 zukunftsfeste Arbeitsplätze sichern und schaffen. Deutsche Unternehmen gehören in vielen  
57 Bereichen zur Weltspitze oder haben es in der Hand, zur Weltspitze aufzuschließen. Diesen  
58 Anspruch muss die deutsche Wirtschaft haben.

### 59 **Den Wandel mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gestalten**

60 Die aktuellen Herausforderungen müssen *mit* und nicht gegen die Beschäftigten gemeistert  
61 werden. Krisen löst man nicht, indem man Leute rausschmeißt, sondern indem die richtigen  
62 Entscheidungen für die Zukunft getroffen werden. Es sind die Arbeitnehmerinnen und  
63 Arbeitnehmer, die den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen erarbeiten. Die aktuellen  
64 Herausforderungen sind auch die Stunde der Sozialpartnerschaft. Gelingende  
65 Sozialpartnerschaft bedeutet Verhandlung auf Augenhöhe und sie bedeutet nachhaltigen  
66 wirtschaftlichen Erfolg.

67 Damit wir auch in Zukunft stolz auf „Made in Germany“ sein können und die Märkte von  
68 morgen erobern, brauchen wir Fachkräfte, die diesen Wandel gestalten. Doch den Fach- und

69 Arbeitskräftemangel spüren viele Bürgerinnen und Bürger schon jetzt, wenn die Kita früher  
70 schließt oder sich niemand findet, der die Solaranlage auf das Dach montieren kann. In dieser  
71 Legislatur haben wir schon viel unternommen, um die hiesigen Arbeitnehmerinnen und  
72 Arbeitnehmer zu fördern und um zugleich die besten Leute in unser Land hereinzuholen. Um  
73 dem Fachkräftebedarf der Zukunft zu begegnen, ist die Investition in beste Bildung als  
74 gesamtgesellschaftliche Verantwortung ein zentraler Schlüssel. Wir brauchen jetzt eine gut  
75 ausgestattete Arbeitsmarktpolitik, die die Beschäftigten befähigt, den Wandel zu gestalten  
76 und die den Arbeitsmarkt bei konjunkturellen Einbrüchen abfedern kann. Hierzu müssen die  
77 notwendigen Mittel bei der Bundesagentur für Arbeit und bei den Jobcentern hinterlegt  
78 werden.

### 79 **Deutschlands Infrastruktur modernisieren**

80 Deutschlands Infrastruktur braucht ein Update. Die deutlich gestiegenen öffentlichen  
81 Investitionen der Regierung von Bundeskanzler Olaf Scholz weisen dafür den richtigen Weg.  
82 Eine moderne Infrastruktur kommt allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen zugute und  
83 ist gleichzeitig die Basis für erfolgreiche Unternehmen.

84 Ein modernes Land braucht leistungsfähige Verkehrswege mit sanierten Straßen, Schienen und  
85 Brücken, es braucht moderne digitale Netze und eine leistungsfähige Energieinfrastruktur und  
86 nicht zuletzt gut ausgestattete, moderne Kitas, Schulen und Universitäten, die für eine  
87 gelingende Bildung und Ausbildung für alle jungen Menschen sorgen. Auch das verstehen wir  
88 unter einer sozialdemokratischen Angebotspolitik.

89 „Mehr Kapitalismus wagen“ wie es Friedrich Merz propagiert, ist wiederum nicht die Antwort,  
90 die Deutschland braucht. Wir werden dafür sorgen, dass der Wandel die Gesellschaft nicht in  
91 neue Gewinner und Verlierer spaltet. Der Staat wird auch in Zukunft Regeln für fairen  
92 Wettbewerb und verantwortliches Wirtschaften aufstellen. Bund, Länder und Kommunen  
93 haben eine gemeinsame Verantwortung für die Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur  
94 und machen so auch weitere private Investitionen erst möglich.

95 Dafür wollen wir bestehende Möglichkeiten zur Finanzierung von Investitionen im Rahmen der  
96 Schuldenregel stärker nutzen, etwa das bereits eingesetzte Instrument der finanziellen  
97 Transaktionen. Daneben streben wir eine zielführende Reform der Schuldenregeln an, mit dem  
98 Ziel höherer Investitionen, von denen die Menschen in ihrem Alltag konkret profitieren. Jede  
99 Investition in die klimaneutrale und digitale Wirtschaft, jede Investition in gelingende Bildung  
100 ist eine Investition in Jobs der Zukunft und gute Löhne.

101 Damit ein neuer Aufschwung gelingt, braucht es weitere Impulse zur Modernisierung unseres  
102 Landes. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Bundesverband der Deutschen Industrie  
103 haben Finanzierungsvorschläge entwickelt, um den Investitionsstau im Bereich der  
104 Infrastruktur, Bildung und Wirtschaft anzugehen. Wir begrüßen dieses gemeinsame Vorgehen  
105 und stellen uns der Debatte mit aller Offenheit.

106 Darüber hinaus werben wir für die Einrichtung eines Deutschlandfonds, um privates und  
107 öffentliches Kapital für Zukunftsinvestitionen zu mobilisieren.

108 Unser Ziel ist, durch mehr öffentliche Investitionen und bessere Rahmenbedingungen die  
109 Voraussetzungen zu schaffen, dass deutlich mehr privates Kapital in Deutschland investiert  
110 wird.

### 111 **Energiepreise senken**

112 Wir werden verlässlich und dauerhaft verhindern, dass die Netzentgelte für Unternehmen und  
113 Privathaushalte weiter steigen und damit Planungssicherheit für Unternehmen schaffen.  
114 Unser Ziel sind wettbewerbsfähige Energiepreise, damit Unternehmen hier investieren und  
115 wachsen können.

116 Mit den vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Maßnahmen liegt nun ein umfangreiches Paket  
117 für dauerhaft wettbewerbsfähige Industriestrompreise auf dem Tisch, das bereits bestehende  
118 und vereinbarte Entlastungen ergänzt. Die Ausweitung der Strompreiskompensation  
119 insbesondere auf die Chemie- und Glasindustrie und die zusätzlichen Instrumente zur  
120 Absenkung der Netzentgelte sind weitere wichtige Schritte auf dem Weg zu  
121 wettbewerbsfähigen Strompreisen, insbesondere für die energieintensiven Unternehmen.  
122 Zusammen mit der bereits beschlossenen Finanzierung der EEG-Umlage aus dem Haushalt und  
123 der Absenkung der Stromsteuer für produzierende Unternehmen und die Landwirtschaft auf  
124 das europäische Minimum nehmen wir viele Milliarden zur gezielten Stärkung unserer  
125 Industrie in die Hand.

126 Entscheidend bleibt aber auch der schnelle Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie der  
127 Stromnetze und mehr Planungssicherheit bei Netzanschlüssen. Sonne und Wind sind auf  
128 mittlere Sicht die kostengünstigste Art, Strom zu produzieren. Um den erforderlichen Ausbau  
129 der Energieinfrastruktur schnell und kostengünstig voranzutreiben, soll sich der Staat an der  
130 Finanzierung des Infrastrukturausbaus beteiligen. Dies kann unter anderem geschehen, indem  
131 er sich stärker mit Eigenkapital an Unternehmen, die Infrastrukturen bereitstellen, beteiligt.

### 132 **Innovationen fördern**

133 Deutschland hat nach wie vor einen milliardengroßen Investitionsstau nicht nur in der  
134 öffentlichen Infrastruktur, sondern gerade auch in vielen Unternehmen. Wir wollen, dass  
135 Unternehmen in Deutschland investieren. Dabei ist uns die pauschale Senkung von  
136 Unternehmenssteuern zu wenig zielgenau. Stattdessen wollen wir umfassende  
137 Superabschreibungen und Steuerprämien für Unternehmen an Investitionen in  
138 Zukunftsbranchen und gute Arbeitsplätze am Standort Deutschland knüpfen. Wer in  
139 Deutschland investiert, erhält steuerliche Vergünstigungen.

140 Klar ist: Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit, damit sich neue Technologien  
141 durchsetzen. Diskussionen, die etwa den eingeschlagenen Weg zur E-Mobilität infrage stellen,  
142 gefährden die Akzeptanz von E-Autos in der Bevölkerung, schüren Unsicherheiten bei  
143 Investoren und werfen Deutschland im internationalen Wettbewerb weiter zurück. Die  
144 Zukunft unseres Autolandes Deutschland liegt in der E-Mobilität. Damit deutsche Hersteller  
145 auf dem Weltmarkt konkurrieren können, müssen wir in Europa mehr E-Autos produzieren und

146 verkaufen. Um die Automobilwirtschaft in Schwung zu setzen, braucht es kurzfristig mehr  
147 bezahlbare Modelle. Leasinganbieter sollen verpflichtet werden, eine bestimmte Quote an E-  
148 Autos anzubieten, E-Dienst- und Betriebswagen steuerlich bessergestellt werden. Darüber  
149 hinaus braucht es mehr Tempo von Bund und Ländern beim Ausbau der Ladeinfrastruktur. In  
150 Abstimmung mit Industrie und Gewerkschaften werden wir neben anderen Maßnahmen auch  
151 Kaufanreize prüfen, die jedoch Mitnahmeeffekte vermeiden, zielgenau der deutschen Industrie  
152 helfen, einen Hochlauf der E-Mobilität nachhaltig fördern und auch negative Effekte auf dem  
153 Zweitmarkt vermeiden.

## 154 **II. Unsere Zusage für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Bessere Löhne,** 155 **stabile Renten und weniger Steuern**

156 Deutschland hat fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denen Respekt gebührt. Sie  
157 sind das Rückgrat unseres Wohlstands. Egal ob sie Vollzeit oder Teilzeit arbeiten, egal ob in der  
158 Produktion, in Dienstleistungs- oder in sozialen Berufen. Unsere Politik zielt darauf ab, ihnen  
159 mehr Sicherheit zu geben, Teilhabe zu ermöglichen und die Phase von Reallohn- und  
160 Kaufkraftverlusten endgültig hinter uns zu lassen. Das ist auch wichtig für die wirtschaftliche  
161 Dynamik in Deutschland.

162 Die SPD geführte Bundesregierung hat die hohe Inflation, die vielen Menschen in unserem  
163 Land zugesetzt und der wirtschaftlichen Entwicklung geschadet hat, erfolgreich bekämpft.  
164 Auch die Reallöhne sind im letzten Jahr wieder gestiegen. Nun gilt es weitere Schritte zu gehen.

### 165 **Weniger Steuern für die arbeitende Mitte**

166 Wir wollen, dass die Menschen mehr Geld in der Tasche haben. Jede und jeder, der hart  
167 arbeitet, muss sich ein gutes Leben leisten können. Im Rahmen einer grundlegenden  
168 Einkommensteuerreform wollen wir nach der nächsten Bundestagswahl die große Mehrheit  
169 der Steuerzahlenden (etwa 95 Prozent) entlasten und dafür die höchsten 1 Prozent der  
170 Einkommen etwas stärker in die Verantwortung nehmen. Diese Reform wird den Menschen  
171 mehr finanziellen Spielraum geben und die Kaufkraft stärken. Damit kurbeln wir die Wirtschaft  
172 von unten und aus der Mitte der Gesellschaft an. Die Steuerpflichtigen mit den allerhöchsten  
173 Einkommen können dafür etwas mehr Verantwortung übernehmen, um eine Steuersenkung  
174 für den Großteil der Menschen zu finanzieren.

### 175 **Mindestlohn verbessern, Tariftreugesetz endlich durchsetzen**

176 Die SPD hat die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro durchgesetzt. Das war eine  
177 Gehaltserhöhung für Millionen Arbeitnehmer. Sie hat dazu beigetragen, dass der  
178 Niedriglohnsektor in den letzten Jahren wieder kleiner geworden ist. Die jüngsten  
179 Anpassungen, die die Arbeitgeberseite in der Mindestlohnkommission gegen die Stimmen der  
180 Gewerkschaftsseite durchgesetzt hat, waren deutlich zu niedrig. Es spricht viel dafür, dass der  
181 Mindestlohn zügig und schrittweise auf 15 Euro steigt. Das ist gerecht und erhöht die Kaufkraft  
182 in Deutschland.

183 Mit dem Bundestariftreuegesetz werden viele öffentliche Aufträge nur an Unternehmen  
184 vergeben, die nach Tarif bezahlen. Das macht für Millionen Arbeitnehmerinnen und  
185 Arbeitnehmer einen großen Unterschied und wird das Lohnniveau stärken. Dieses Gesetz muss  
186 jetzt zügig umgesetzt werden.

187 **Rentenpaket II noch in diesem Jahr verabschieden**

188 Die SPD hat bei der Bundestagswahl 2021 eine langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus  
189 versprochen. Davon profitieren Millionen heutiger Rentnerinnen und Rentner, aber vor allem  
190 diejenigen, die in Zukunft in Rente gehen. Es bietet der Arbeitnehmerschaft mehr Sicherheit,  
191 denn ohne die Stabilisierung der Rente würde das Rentenniveau für Millionen Menschen  
192 rapide sinken. Das wäre nicht generationengerecht. Das Rentenpaket wurde im  
193 Koalitionsvertrag der Bundesregierung verankert. Es wurde in der Bundesregierung  
194 ausverhandelt und vom Kabinett beschlossen. Es gibt keinen Grund mehr, den  
195 parlamentarischen Beschluss im Bundestag zu verzögern oder zu blockieren. Das Rentenpaket  
196 muss noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Wir sorgen mit dem  
197 Betriebsrentenstärkungsgesetz für den konsequenten Ausbau der Betriebsrenten und  
198 reformieren die private Altersvorsorge.